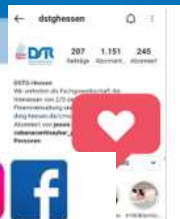


DSTG Hessen jetzt auf
Besuchen Sie uns auch auf Facebook und Instagram



**Liebe Mitglieder,
werte Leserinnen und Leser,
wir wünschen Ihnen ein
frohes und gesundes Jahr 2026!**



N **eu**es Jahr, **ne**ues Glück – so lautet ein altes Sprichwort, das gerade zu Beginn eines Jahres seine besondere Wirkung entfaltet. Viele von uns konnten hoffentlich die Weihnachtsfeiertage, die Zeit „zwischen den Jahren“ sowie den Jahreswechsel im Kreise ihrer Familien und Liebsten verbringen, Kraft schöpfen und für einen Moment innehalten. Diese Zeit des Durchatmens war wichtig – denn die Jahresendphase 2025 hatte es einmal mehr in sich. Auch bei uns Finanzern war der Dezember geprägt von hoher Taktung, großer Verantwortung und spürbarer Belastung.

Auf einen Blick:

- /// Ein frohes und gesundes Jahr 2026
- /// LaHaVo am 12.12.2025 in BSS mit Impressionen
- /// Entschließung an die politischen Parteien
- /// PM DSTG Jugend
- /// Deutschlandturnier: Drachenboot 2026
- /// Busreise nach Dresden
- /// OV Michelstadt - Ehrung
- /// Kurz und Knapp
- /// Reiseprogramm 2026
- /// Mitglied werden – und zwar Jetzt

Herausgeber:

DSTG

Deutsche Steuer-Gewerkschaft
Landesverband Hessen

Triangulum 1
Hailerer Straße 16
63571 Gelnhausen
Telefon: 06051-5389500
Telefax: 06051-5389509

landesverband@dstghessen.de
www.dstg-hessen.de

Verantwortlich
Michael Volz, Vorsitzender

Nachdruck mit Quellenangabe,
auch auszugsweise, gestattet.

Nun sind wir im Jahr 2026 angekommen. Ein Jahr, das Licht und Schatten, Chancen und Herausforderungen gleichermaßen bereithält. Ein Jahr, das uns fordern, aber auch Gestaltungsspielräume eröffnen wird.

Tarifverhandlungen – Einkommensrunde

Von zentraler, ja entscheidender Bedeutung wird dabei erneut die **Tarifrunde sein – die Einkommensverhandlungen** für Tarifbeschäftigte ebenso wie die daraus resultierenden Erwartungen an Besoldung und Versorgung. Dies betrifft nicht nur die Länder insgesamt, sondern in besonderer Weise auch Hessen. Die Hauptverantwortung liegt hierbei bei der dbb Tarifunion, die den dbb Hessen und dessen Tarifausschuss eng einbindet. Über unsere Ortsverbände und Gremien haben wir die entsprechenden Publikationen des dbb bereits in die Mitgliedschaft getragen.

Ein besonderer Hinweis sei an dieser Stelle erlaubt: Am Freitag, den 23. Januar 2026, wird sich unser DSTG-Tarifausschuss im Rahmen des Tarifseminars mit den Teilnehmenden austauschen. Eingeladen hat **Monika Schreiber**, stellvertretende Landesvorsitzende der DSTG Hessen, Vorsitzende unseres Tarifausschusses sowie stellvertretende Vorsitzende des dbb-Tarifausschusses. Auch die Vorstände der Ortsverbände werden weiterhin eng eingebunden sein, denn Tarifpolitik lebt vom Dialog und von Beteiligung auf allen Ebenen.

Eines sollte uns allen dabei bewusst sein: **Erfolgreiche Tarifabschlüsse fallen nicht vom Himmel.** Sie sind das Ergebnis von Engagement, Geschlossenheit und Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Nur wenn Tarifbeschäftigte ihre Streikbereitschaft zeigen und Beamtinnen und Beamte ihr Demonstrationsinteresse sichtbar machen, entstehen reale Chancen auf einen tragfähigen und guten Abschluss. Es geht nur miteinander. Es geht um uns alle. Es geht um unser Einkommen, unsere Besoldung, unsere Versorgung. **Gemeinsam sind wir stark.**



Deshalb schon jetzt der klare Appell: **Treten Sie ein für Ihr Gehalt – für Ihre Besoldung – für Ihre Versorgung.**

Über anstehende Arbeitskampfmaßnahmen und Kundgebungen werden wir Sie rechtzeitig informieren, sobald diese veröffentlicht werden dürfen.

Wahljahr – JAV im Mai 2026

Ein weiteres wichtiges Ereignis, auf das wir bereits heute hinweisen möchten, sind die **Wahlen zu den Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV)**. Diese sollen auf allen Ebenen am **20. Mai 2026** stattfinden. Dafür braucht es engagierte junge Menschen, die bereit sind, sich um ihren Berufsstand zu kümmern, Verantwortung zu übernehmen und sich für gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen einzusetzen. Eine hochwertige Ausbildung und attraktive Perspektiven entstehen nicht von allein – und sie lassen sich nicht ausschließlich durch den Arbeitgeber sicherstellen. Es braucht die **unabhängige Stimme junger Menschen für junge Menschen**.



Denn eines ist klar: Wenn wir nicht zuhören, nicht gestalten und nicht ernsthaft investieren – in Beteiligung, Mitbestimmung und Wertschätzung – werden wir mehr junge Kolleginnen und Kollegen verlieren, als uns lieb sein kann.

So wichtig Künstliche Intelligenz und Digitalisierung auch sind: Allein werden sie es nicht richten. Die DSTG Hessen hat sich stets für die Weiterentwicklung moderner IT-Strukturen starkgemacht – und das wird auch so bleiben. Gleichzeitig bleibt unstrittig: Unsere Verwaltungen brauchen auch in Zukunft **Human-Intelligenz**. Sie brauchen soziale Kompetenz, Empathie, Zugewandtheit und Vertrauen in die Mitarbeiterschaft. Sie brauchen das Zusammenspiel von Erfahrung und Innovation, von „Alt“ und „Jung“, von Stabilität und Zukunftsorientierung – und Kolleginnen und Kollegen, die ihren Beruf gerne und mit Überzeugung ausüben. Vor diesem Hintergrund richten wir gleich zu Jahresbeginn einen ausdrücklichen Appell an unsere jungen Kolleginnen und Kollegen: **Bringen Sie sich ein in die Gewerkschafts- und JAV-Arbeit**. Übernehmen Sie Verantwortung – für sich selbst und für andere. Dieses Engagement wird Sie prägen, Ihre Persönlichkeit stärken und Ihnen wertvolle Erfahrungen für Ihren weiteren Weg vermitteln.

Machen Sie mit und machen Sie Meinung – sei es in der örtlichen JAV, in der **Bezirksjugend- und Auszubildendenvertretung (BJAV auf OFD-Ebene)** oder in der **Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung (HJAV auf HMdF-Ebene)**. Die **DSTG Jugend Hessen** wird hierzu informieren – oder kommen Sie einfach proaktiv über **Instagram oder Facebook** auf uns zu.

Wir helfen, wir begleiten, wir unterstützen.

JAV-Arbeit ist Verantwortung – und sie kann richtig Spaß machen.

Über die weiteren Highlights werden wir natürlich zu gegebener Zeit berichten – wir sind auch in diesem Jahr, im 76. Jahr seit unserer Gründung, wieder und wie gewohnt für alle hessischen DSTG Mitglieder da – **VERSPROCHEN!**

KI verändert die Arbeit. Die DSTG stärkt *die Menschen dahinter.*

WIR BEGLEITEN DEN DIGITALEN WANDEL IN DEN FINANZÄMTERN
MIT SACHVERSTAND & SOZIALER VERANTWORTUNG.

Sei DSTG
Mitglied



KI schafft neue Prozesse und Aufgaben.
Die DSTG sorgt dafür, dass Beschäftigte
qualifiziert, beteiligt & fair behandelt werden.

Mitglied werden.

Zukunft gemeinsam sichern.

www.dstg-hessen.de

Landesverband
Hessen

DSTG

Deutsche Steuer-Gewerkschaft
Teilgewerkschaft der Unionverbindung

Der LaHaVo tagte am 12.12.2025 in Bad Soden-Salmünster

Am **12.12.2025** tagte der **Landeshauptvorstand der DSTG Hessen** zu seiner letzten Sitzung des Jahres.

Auf der Agenda standen wichtige Themen, wie die Entschließung, die wir auch nachstehend abgedruckt haben und an die politisch Verantwortlichen versendet wurde. Ja, der DSTG Hessen als einziger Fachgewerkschaft der Finanzbehörden geht es um die Stärkung und den Erhalt des Berufsstandes.

Tagesordnung
Landeshauptvorstandssitzung
Freitag, 12.12.2025
im KRESS Hotel
Sprudelallee 26
63628 Bad Soden-Salmünster

Beginn: 09:00 Uhr **Ende:** ca. 16:00 Uhr

Protokollführung:

1. Eröffnung und Begrüßung

2. aktuelle Themen der DSTG Hessen – mit Diskussion

- Haushaltswesen Bund, Land – HfH 2026, Nachtrag 2025
- Tarifverhandlungen und Einkommensrunde 2026
- Amtsangemessene Besoldung und Versorgung
- Mitgliedergewinnung und Bindung
- Koalitionsfreiheit quo vadis - Gleichbehandlung
- KI – epochale Veränderung der Arbeitswelt
- Gesundheit – psychische Probleme
- Strukturveränderungen – Schließung von Verwaltungsstellen
- Personalentwicklung für FINANZER

3. Berichte aus den Fachausschüssen und Arbeitsgruppen
Berichte vorab, wie vereinbart, in schriftlicher Form, ggf. Erläuterungen mündlich

- Landesjugendvorstand (Selina Kreuzer)
- Fachausschuss Tarifausschuss (Monika Schreiber und Oliver Rudolph)
- Fachausschuss Frauenvertretung (Selina Kreuzer und Stephanie Stichel)
- Fachausschuss AG Aktive Passive (Oliver Rudolph)
- Fachausschuss Schwerbehinderten Recht und Inklusion (Michael Stock und Oliver Rudolph)
- AG Dienstrecht (Christine Hamm-Meurer und Arndt Planz)
- AG Steuerpolitik und Arbeitserleichterung (Daniela Heil, Christine Hamm-Meurer und Michael Bonin)
- Bildungsausschuss (Christine Hamm-Meurer und Michael Bonin)
- AG Transparenz (Karl Adler und René Pfeiffer)
- Rechtsberatung und Rechtsschutz (Karl Adler, Joachim Stock und Arndt Planz)
- AG Höherer Dienst (Karl Adler und Joachim Stock)
- Compliance-Kommission (Thomas Tränkner, Stephanie Stichel und René D'Angelo)

- AG Orga/Satzung/Haushalt (Beate Hofmann und Jens Körber)
- AG Mitgliederbindung und Gewinnung (Stephanie Stichel und René D'Angelo)
- AG Werbung/social media (Stephanie Stichel und René D'Angelo)
- AG DSTG-Reisen (Michael Bonin)
- AG Digitalisierung und IT (Michael Stock)
- Fachabteilung Dienstleister und andere Ressorts (neu)

4. Haushalt

- Haushaltsvollzug 2024 (Jens Körber und Beate Hofmann)
- Bericht der Rechnungsprüfer
- Aussprache zum Haushaltsvollzug und zum Prüfungsbericht
- Entlastung des Landesvorstandes
- Haushaltsvoranschlag 2026
- Beitragssachen

5. Organisatorisches und Termine

- Terminplan 2026 der DSTG Hessen
- Weitere Termine
- Ggf. Nachwahlen

6. Bericht aus

- HPR, HJAV, BPR und BJAV

7. Ehrungen

8. Verschiedenes

Unter anderem wurde **Thorsten Bonifer**, Groß-Gerau, der für die DSTG schon zahlreiche Positionen begleitet hat, in einer Nachwahl mit einem eindrucksvollen Ergebnis in den Landesvorstand gewählt. Der stellv. Vorsitzende des HPR wird nun mit seiner ganzen ehrenamtlichen Schaffenskraft auch im höchsten Administrativorgan der DSTG Hessen aktiv sein.

Die Gremien der DSTG sagen: Herzlichen Glückwunsch!
Wir freuen uns auf eine gute und enge Zusammenarbeit.



Impressionen Landeshauptvorstand am 12.12.2025



Teil Landesvorstand und Delegierte



Teil Landesvorstand



Vorsitzender Michael Volz und
stellv. Vorsitzende Monika Schreiber



Ehrungen – vlnr: Michael Stock, Monika Schreiber, Michael Volz und Susanne Feldmann

DSTG Hessen: EntschlieÙung an die politischen Parteien



Bad Soden-Salmünster, 12.12.2025

DSTG Hessen: EntschlieÙung an die politischen Parteien

Stärkung der Hessischen Finanzverwaltung –

FinanzBeamte wichtiger und staatstragender Berufsstand

Die Hessische Finanzverwaltung ist weit mehr als ein Verwaltungszweig unter vielen: Sie ist die einzige effektive Einnahmeverwaltung des Landes. Die Finanzbeschäftigten sind erstklassig ausgebildete Beamte, repräsentieren einen bedeutenden Berufsstand, der Garant für eine gleichmäßige Besteuerung, stabile Staatsfinanzen und damit tragende Säule unseres Gemeinwesens ist. Ohne gesicherte Einnahmen ist kein staatliches Handeln möglich – *ohne Moos nix los*.

Die Bediensteten der Hessischen Steuer- und Finanzverwaltung haben eine staatstragende Verantwortung in einem hochkomplexen Umfeld, das ein wissenschaftlich fundiertes Studium erfordert und in der Qualifikation eher mit Steuerberaterinnen, Steuerberatern oder Steuerfachanwältinnen und -anwälten vergleichbar ist. Finanzbeamte sind nicht „Buchhalter des Staates“, sondern üben eine hoheitliche, rechtsstaatlich essenzielle Aufgabe aus. Wer auf die Banken- und Wirtschaftsregion Rhein-Main schaut, wird rasch feststellen, dass sich Steuergerechtigkeit und Gleichmäßigkeit der Besteuerung nicht einmal so nebenbei herstellen lassen.

Gerade in Zeiten finanzieller Unsicherheit, struktureller Krisen und wachsender gesellschaftlicher Erwartungen zeigt sich der Wert dieser Arbeit: Finanzbeamte finanzieren durch ihre Tätigkeit nicht nur unser Hessenland und den Staat, sondern auch sich selbst – und zwar um ein Vielfaches. Jeder Euro, der in eine gut ausgestattete, gut qualifizierte und angemessen alimentierte Finanzverwaltung investiert wird, führt zu einem signifikant höheren Steuermehraufkommen. Gut funktionierende Steuerverwaltungen sind die Voraussetzung für eine handlungsfähige Politik – keine überflüssige Kostenstelle.

Zur Besoldung und Versorgung – Beamtenstatus für Finanzer

Schauen wir auf den ergangenen Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 17.09.2025 zur verfassungswidrigen Besoldung der Beamten und Beamtinnen des Landes Berlin der Jahre 2008 bis 2020. Das höchste Gericht hat nicht nur eine verfassungswidrige Unteralimentation der Bediensteten in Berlin festgestellt, es hat auch – wie auch schon in früheren Entscheidungen – die Bedeutung des Berufsbeamtentums mit der dazugehörigen amtsangemessenen Alimentation zur „Gewährleistung der fachlich leistungsfähigen, rechtsstaatlichen unparteiischen Verwaltung“ hervorgehoben und festgestellt, dass das Berufsbeamtentum „das Prinzip der freiheitlichen Demokratie sichert und Übergriffe zusätzlich absichert“. Aufgrund des generellen Streikverbots für Beamtinnen und Beamte sind Klagen bis vor das BVerfG die einzige Möglichkeit, gegenüber dem Dienstherrn die Zahlung einer amtsangemessenen Besoldung zu erzwingen.

Ebenso wurde erneut höchstrichterlich festgestellt, dass allein die Finanzlage der öffentlichen Haushalte oder das Ziel der Haushaltskonsolidierung den Grundsatz der amtsangemessenen Alimentation nicht einzuschränken vermögen, weil ansonsten die Schutzfunktion des Art. 33 Abs. 5 GG ins Leere liefe. Finanz-Beamte sind demnach nicht verpflichtet, stärker als andere Berufsgruppen zur Haushaltskonsolidierung beizutragen.

Die nächsten Urteile des Bundesverfassungsgerichts sind bereits in der Pipeline. Dazu gehört auch der Vorlagebeschluss des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs vom 30.11.2021, welcher die verfassungswidrige Unteralimentation der Hessischen Landesbeamtinnen und -beamten seit 2013 festgestellt hat.

Zur Pensionsdebatte

Zur amtsangemessenen Alimentation als Ausfluss der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums nach Art. 33 Abs. 5 GG gehört außerdem die lebenslange Versorgung aus dem letzten Amt im Ruhestand, welche als Vollversorgung zu verstehen ist, für die der Beamte/ die Beamtin keine eigenen Beiträge zu leisten hat. Dies ist der grundlegende Unterschied zur gesetzlichen Rente, was jeden Versuch des Vergleichs zum sprichwörtlichen Vergleich von Äpfeln und Birnen macht.

Angesichts einiger mehr oder eher weniger durchdachter Vorschläge zum Berufsbeamtentum äußert sich die DSTG Hessen im Sinne ihrer Mitglieder, aber auch ausgehend von einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung. Mitarbeitende in verschiedensten Positionen des gehobenen Dienstes in der Hessischen Finanzverwaltung haben ein dreijähriges Fachhochschulstudium absolviert. Ein Vergleich mit einem Buchhalter der freien Wirtschaft ist somit nicht realistisch. Der Sachbearbeiter oder die Betriebsprüferin im Finanzamt wird nicht bevorteilt, er wird sogar im Gegenteil benachteiligt, da ihm seine amtsangemessene Besoldung seit Jahren vorenthalten wird. Im Übrigen finanziert sich jeder Bedienstete der Hessischen Finanzverwaltung selbst um ein Vielfaches, schließlich werden hier die Einnahmen für den hessischen Landeshaushalt generiert.

Die immer wieder aufkommende Neiddebatte über den Pensionsanspruch von Finanz-beamten führt inhaltlich in die Irre. Es sind unterschiedliche Systeme und nicht so einfach vergleichbar. Finanzbeamte sind eben einem besonderen Dienst- und Treueverhältnis unterworfen. Wer über

Systemwechsel oder Angleichungen sinniert, muss ehrlich zur Kenntnis nehmen, dass damit nicht die Abschaffung von Ansprüchen einhergeht, sondern lediglich deren Überführung in ein anderes System. Auch dann entstehen selbstverständlich Rechte und Anwartschaften eben aus einem Rentensystem, die finanziert werden müssen. Die Debatte darf nicht auf dem Rücken derjenigen geführt werden, die seit Jahrzehnten die finanzielle Basis des Landes sichern.

Für etwaige „Tarif-Beamte“ einer Finanzverwaltung, die in allgemeines Rentensystem überführt werden sollen, müssten die Rentenbeiträge (aktuell immerhin ca. 20 %) und Sozialbeiträge vollständig auf den aktuellen Bruttolohn aufgeschlagen werden. Das wäre dann systemgerecht. Andernfalls hätten wir innerhalb kurzer Zeit eine massive Kündigungswelle in einem Bereich, der ohnehin seit Jahren

- unter Nachwuchs- und Fachkräftemangel leidet,
- der aktuell zwecks Konsolidierung des Geschäftsbereichs von einer umfassenden Personalleihe betroffen ist,
- der enorme Arbeitserledigungszahlen über Zielvereinbarungsprozesse auferlegt bekommt und
- der besondere Qualitätsansprüchen ausgesetzt ist.

Junge Kolleginnen und Kollegen verlassen bereits kurz nach Abschluss des Studiums die Verwaltung, da ihnen in der freien Wirtschaft attraktivere und lukrativere Angebote winken. So besonders anziehend scheint die Beamtenlaufbahn für junge Menschen nicht mehr zu sein. Warum wohl? Angebliche Privilegien wie Unkündbarkeit oder eine private Krankenversicherung für horrenden Beiträge vom Nettogehalt (haben sich allein in den letzten 6 Jahren um bis zu 100 % erhöht) binden junge *Finanzer* nicht. Seit Jahren krankt die Finanzverwaltung an Unterbesetzung und massiven Problemen bei der Nachwuchsgewinnung, insbesondere im Rhein-Main-Gebiet. Und ob bzw. wann die KI diese Personaldiskrepanz auffangen kann, wird sich zeigen. Um die Arbeitsmoral ist es aktuell nicht zum Besten bestellt!

Lediglich in den Ministerialbereichen scheint dies anders auszusehen? Sind die Aufgaben in den letzten Jahrzehnten auf diesen hochministeriellen Ebenen tatsächlich derart angestiegen, die eine Vielzahl von zusätzlichen hochdotierten Stellen von Ministern, Staatssekretären, Abteilungsleitern und Referatsleitern rechtfertigen?

Ein Systemwechsel wäre ein erhebliches Risiko für Quantität und Qualität bei der Bearbeitung der Steuerfälle sowie der Einnahmesicherung des Landes – und damit für die staatliche Stabilität insgesamt. Und natürlich würden Renten- und Sozialbeiträge die öffentlichen Haushalte ebenso belasten, denn sie müssen unmittelbar aus den öffentlichen Haushalten an die Rententräger vom Arbeitgeber abgeführt – gezahlt – werden. Ein neuer und erweiterter Personenkreis, gleich ob Abgeordnete, Freiberufler, Selbstständige, Gewerbetreibende oder (Finanz)Beamte hätten selbstverständlich auch Renten-Ansprüche, die die öffentlichen Kassen im Rentenfall abermals und zusätzlich belasten.

Wichtig wäre seitens der Politik, dass man sich einfach ehrlich macht und den Staatsbürgern sagt: „Nur über die Rentenkassen können die Renten nicht getragen werden. Sie müssen auch über

Steuern getragen werden, wenn man kein Abtriften des Rentenniveaus möchte. Wer sich nicht ehrlich macht, riskiert noch mehr Verdruss in der Bevölkerung mit erwartbaren Wahl-Reflexen.“

Wer für Finanzer die Pension zur Disposition stellt, stellt das Berufsbeamtentum für Finanzer und deren Loyalität in Frage. Zudem hätten etwaige übergeleitete Tarif-Beamte ein Streikrecht. Das so geschaffene Konfliktpotenzial wäre brandgefährlich. Ein Ausfall der Einnahmeverwaltung durch Arbeitskampf würde die Funktionsfähigkeit des Staates unmittelbar treffen.

Forderung an die politischen Parteien

Die DSTG Hessen erwartet daher von allen politischen Kräften im Landtag, dass sie:

1. die besondere Bedeutung der Steuerverwaltung als tragende hoheitliche Säule des Gemeinwesens anerkennen,
2. die Alimentations- und Besoldungsstruktur nachhaltig sichern und dem zunehmenden Attraktivitätsverlust entgegenwirken,
3. keine kurzsichtigen Systemexperimente zulasten der Funktionsfähigkeit der Finanzverwaltung verfolgen,
4. die Nachwuchsgewinnung durch verlässliche Rahmenbedingungen und moderne Ausbildung stärken sowie
5. die Beschäftigten der Steuerverwaltung wertschätzen, indem sie deren Beitrag zur Stabilität des Landes sichtbar und politisch wirksam würdigen.

Die Hessische Finanzverwaltung mit ihren *Finanzern* verdient klare politische Unterstützung – nicht nur aus Respekt vor einer hoheitlichen Tätigkeit, sondern vor allem aus staatspolitischer Vernunft.

Wer die Finanzverwaltung schwächt, schwächt das Land. Wer sie stärkt, stärkt Hessen.

Die DSTG-Hessen hat als Steuer-Fachgewerkschaft im Bereich des Hessischen Finanzministeriums etwa 6.500 Mitglieder. Damit sind weit über 50 Prozent der Beschäftigten der Hessischen Finanzverwaltung in der DSTG Hessen organisiert. Sie vertritt als Gesprächspartner der Politik die Interessen von Beamtinnen und Beamten als auch die des Tarifpersonals und setzt sich für deren berufliche Fortentwicklung ein. In über 50 Dienststellen stellt sie die Mehrheit in den Personalräten. Daneben findet die DSTG Hessen Gehör, wenn es um die Fragen von Steuervereinfachung und Steuergerechtigkeit als auch um das Schließen von Steuer- Schlupflöchern geht.

Herausgeber: DSTG Hessen • Hailerer Straße 16 • 63571 Gelnhausen • Telefon 06051/5389500 • Telefax 06051/5389509

www.dstg-hessen.de • landesverband@dstghessen.de

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Michael Volz, Vorsitzender

Ansprechpartner: Michael Volz • Telefon 0151 1515 2082

+++PRESSE – MITTEILUNG+++

+++ Fehlplanung und unnötige Zumutungen belasten hessische Steuerbeamten-Ausbildung+++



PRESSEMITTEILUNG

der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG)
und der DSTG-Jugend Hessen

Gelnhausen, 30.12.2025

Fehlplanung und unnötige Zumutungen belasten hessische Steuerbeamten-Ausbildung

DSTG-Jugend und DSTG-Landesverband kritisieren massiven Mangel an Unterkunfts- und Unterrichtskapazitäten sowie den Umgang mit den Mitarbeitenden – Anwärter, Dozent und Küchenpersonal allesamt massiv betroffen

Die DSTG Hessen und ihre Jugendgremien zeigen sich zutiefst besorgt über die zukünftigen Zustände an den hessischen Bildungseinrichtungen der Finanzverwaltung. Auszubildende, Studierende und das Personal am Studienstandort werden in erheblichem Maße mit organisatorischen Fehlplanungen, übermäßigen Fahrtbelastungen und unzureichenden Unterbringungs- und Unterrichtsmöglichkeiten konfrontiert.

Soll die „Herzkammer“ der Hessischen Finanzverwaltung mit seinen Bildungsstätten in Rotenburg a.d. Fulda systematisch zerschlagen werden, fragt man sich unweigerlich!?



Unterrichtsdefizite in Frankfurt: 129 Personen – nur 83 Freiwillige

Für den Unterricht in Frankfurt müssen aktuell 129 Personen eingeplant werden. Gleichzeitig haben sich lediglich 83 Beschäftigte freiwillig für diesen Standort gemeldet. Das bedeutet: 46 junge Kolleginnen und Kollegen sollen zwangsverpflichtet werden, obwohl viele von ihnen weder den Standort wünschen noch die damit verbundenen Reisezeiten und Mehrbelastungen tragen können.

Es gibt bereits konkrete Fälle, in denen Nachwuchskräfte täglich oder mehrmals pro Woche von weit entfernten Regionen nach Frankfurt pendeln müssen – teils mit sehr langen, teuren und zeitintensiven Wegen. Ökologische Aspekte scheinen ebenfalls keine Rolle zu spielen. Die Entscheider gehen anscheinend über die Anliegen der jungen Menschen hinweg.

Rotenburg a.d. Fulda: Pendelwege bis zu 50 km – trotz angeblichem Campus-Ausbau

Auch am Standort Rotenburg zeigt sich ein alarmierender Zustand: Trotz der vollmundigen politischen Ankündigung eines neuen Campus und der Erweiterung des Standorts stehen inzwischen nicht mehr genügend Betten zur Verfügung, um alle Anwärterinnen, Anwärter und Studierenden aufzunehmen.

Statt der erwarteten Entlastung führt die Situation nun dazu, dass Betroffene bis zu 50 Kilometer einfache Strecke pendeln müssen – sowohl per ÖPNV als auch mit dem eigenen Pkw. Für viele bedeutet dies tägliche Zusatzbelastungen, die in einer anspruchsvollen, ohnehin verdichteten Ausbildungssituation kaum vertretbar sind.

Die Geschäftsgrundlage wird seitens des Arbeitgebers durch dessen Managementdefizite für die Studierenden und Auszubildenden einseitig aufgekündigt. Ein toller Arbeitgeber, der begründet „die jungen Leute sollen sich nicht so anstellen. 50 Kilometer seien zumutbar“. Die DSTG-Jugend meint, man hat gut reden, wenn die Entscheider den Dienstwagen des Landes Hessen nutzen und keine Aufwendungen haben.

Fehlplanung im und nach Projekt 800

DSTG Hessen und DSTG-Jugend erinnern daran, dass die hessische Finanzverwaltung in den vergangenen Jahren im Rahmen des „Projekt 800“ mehr Nachwuchskräfte eingestellt hat als je zuvor. Dass es nun – trotz jahrelanger Vorlaufzeit – zu einem solchen Kapazitätschaos und zu einer Abkehr der erfolgreichen Internats-Ausbildung kommt, bezeichnet die Jugendorganisation als eindeutige strukturelle Fehlplanung - ein noch nie da gewesenes Missmanagement und eine Meinungsdictatur, die seinesgleichen sucht.

Das Ganze gipfelt darin, dass:

- der Campus Rodenberg, der eigentlich zentrale Kapazitäten schaffen sollte, nun wieder abgemietet wird,
- ein zweites Gebäude in Rotenburg neu gebaut wird, obwohl akute Engpässe bereits jetzt bestehen,
- zugleich das „Schloss“ und der Parkbau sowie andere Standorte einfach abgegeben werden, die vorher noch renoviert und ausbildungsgerecht mit Steuermitteln ertüchtigt wurden.

Schloss und Parkbau werden nicht veräußert, sie werden an das Wirtschaftsministerium abgegeben. Oh, haben alle nicht aufgepasst? Gehören nicht beide Geschäftsbereiche zum Land Hessen? Betreffen die Folgekosten nicht den gleichen Landeshaushalt oder spielt es am Ende nur eine Rolle in welchem Einzelplan die Kosten dargestellt werden? Sind das Taschenspielertricks oder ist das Ganze nur als grotesk zu bezeichnen?

„Schlüssig ist das alles jedenfalls nicht“, so die Steuergewerkschafter – die sich seit jeher um die Anliegen der Ausbildung, der Auszubildenden und der Ausbilder einsetzen.

Das Ganze mutet an, wie ein weiteres LEO-Grab, die Fehlplanungen sind ganz offenkundig. Die Verantwortlichen sollten dafür die Verantwortung übernehmen.

„Maximale Belastung – minimale Fürsorge“

Die DSTG-Jugend und der DSTG Landesvorstand kritisieren, dass der Arbeitgeber seiner Fürsorgepflicht gegenüber jungen und auch älteren Beschäftigten nicht gerecht wird.

Viele Nachwuchskräfte befinden sich in einer intensiven, anspruchsvollen Ausbildung oder einem fordernden Studium. Anstatt sie zu unterstützen, werden sie:

- mit unnötigen Pendelwegen,
- fehlenden Unterkünften,
- Zwangszuweisungen,
- und einer allgemein chaotischen Organisation konfrontiert.

Und in die Situation fügt sich auch ein, dass mit den Beschäftigten in den Bildungseinrichtungen ebenso umgegangen wird. Gleich, ob Dozent, Küchenbeschäftigte oder Verwaltungsmitarbeiter

überall herrscht Unsicherheit. Der Satz „der Mensch hat seine Schuldigkeit getan, der Mensch kann gehen“ macht die Runde.

Diese Situation ist – so die DSTG-Jugend – „sozial bedenklich, organisatorisch unhaltbar und fachlich kontraproduktiv“.

Der DSTG-Landesvorstand: „Das Durchregieren über die Köpfe aller Beteiligten hinweg muss ein Ende nehmen. Über Hilferufe wird einfach hinweg gegangen. Die Menschen interessieren scheinbar nicht.“

Fernlehre ist keine Alternative – weder pädagogisch noch organisatorisch vertretbar

Die DSTG-Jugend stellt klar, dass eine Ausweitung der Fernlehre – wie sie teilweise als „Alternative“ zu den Unterkunftsengpässen ins Spiel gebracht wurde – keine Lösung darstellt. Das haben die „Corona-Lehrgänge“ schon bemängelt. Fernunterricht über mehrere Wochen oder gar Monate hinweg führt nachweislich zu:

- erheblichen Qualitätsverlusten im Lern- und Ausbildungserfolg,
- einer deutlichen Abnahme der Interaktion zwischen Dozierenden und Lernenden,
- Isolation statt gemeinschaftlichem Lernen,
- und einer zusätzlichen psychischen Belastung für die jungen Kolleginnen und Kollegen.

Die Ausbildung und das Studium in der hessischen Finanzverwaltung sind anspruchsvoll und inhaltlich dicht. Sie leben von direkter Rückmeldung, strukturierter Betreuung und der engen Anbindung an die Dozierenden. Diese Anforderungen lassen sich nicht über einen langen Zeitraum digital auffangen.

Die DSTG-Jugend lehnt daher eine langfristige Fernlehre als Notlösung ausdrücklich ab.

Forderung der DSTG-Jugend und der DSTG Hessen an die Entscheider im Hessischen Finanzministerium:

- die sofortige Nachsteuerung der Unterrichts- und Unterkunftskapazitäten an allen Standorten
- keine Zwangsverpflichtungen, solange keine faire und transparente Lösung vorliegt
- echte Planungssicherheit für Studierende, Auszubildende und alle Beschäftigten an den Bildungsstandorten
- die Umsetzung eines nachhaltigen Standort- und Unterbringungskonzepts, das mehr ist als kurzfristiges Reagieren
- eine frühzeitige und tatsächliche Einbindung und Beteiligung (Möglichkeit der vernünftigen Einflussnahme) aller Interessenvertretungen in die Entscheidungsprozesse
- ein Ende des „Beschlissen und Verkündet“ –Anwendung klaren Menschenverstandes.

Dozentinnen und Dozenten: Politisch gewollte Unsicherheit statt verlässlicher Ausbildung

Während politisch von Qualität, Attraktivität des öffentlichen Dienstes und Fachkräftesicherung gesprochen wird, erleben die Dozentinnen und Dozenten in der hessischen Steuerbeamtenausbildung derzeit das genaue Gegenteil: systematische Unsicherheit, fehlende Transparenz und politisches Wegducken vor Verantwortung.

Seit Monaten ist bekannt, dass der Lehrkräftebedarf sinken soll. Dennoch gibt es bis heute keine klaren Aussagen dazu,

- wie viele Dozentinnen und Dozenten künftig tatsächlich benötigt werden,
- nach welchen Kriterien über den Verbleib oder die Beendigung von Abordnungen entschieden wird,
- und welche Perspektive Lehrkräfte auf fest eingerichteten Dienstposten überhaupt noch haben.

Ein erheblicher Teil der fachtheoretischen Ausbildung wird von abgeordneten Lehrkräften getragen, die über Jahre hinweg verlässlich ausgebildet haben – oft weit über das hinaus, was dienstlich erforderlich gewesen wäre. Diese Kolleginnen und Kollegen werden nun mit Schweigen abgespeist. Ist das Zufall oder verwaltungspolitisch gewollte Unsicherheit?

Die DSTG-Jugend und die DSTG Hessen sehen darin ein fatales Signal: Wer seine Dozentinnen und Dozenten im Unklaren lässt, riskiert bewusst den Verlust von Erfahrung, Kontinuität und Ausbildungsqualität. Ausbildungspolitik nach dem Prinzip „erst abbauen, dann erklären“ ist verantwortungslos – und am Ende zahlen die Nachwuchskräfte den Preis.

Wir fragen: Wie viele Lehrkräfte werden für die Ausbildung und die Fortbildung künftig benötigt? Wann wird das Lehrkräfte-Konzept mit den Mitarbeitervertretungen beraten?

Wann endet die Geheimniskrämerei?

Küchen- und Servicepersonal: Unverzichtbar für den Betrieb – aber politisch unsichtbar

Besonders deutlich wird das strukturelle Versagen im Umgang mit dem Küchen- und Servicepersonal. Obwohl das Schloss künftig als Ausbildungsstätte des Wirtschaftsministeriums genutzt werden soll, verweigert die Politik bislang jede verbindliche Aussage dazu, ob und in welchem Umfang die Küche weiter betrieben wird, wie viele Anwärtinnen, Anwärter oder Fortbildungsteilnehmende versorgt werden sollen, und wie viele der derzeit beschäftigten Küchenkräfte tatsächlich benötigt werden.

Hier geht es nicht um abstrakte Planstellen, sondern um Menschen, die den Ausbildungsbetrieb über Jahre hinweg HOCH gehalten haben – oft unter schwierigen Bedingungen, oft mit großem persönlichem Einsatz.

Dass man diese Kolleginnen und Kollegen nun über Monate hinweg in Unsicherheit lässt, ist kein Versehen, sondern Ausdruck einer politischen Haltung: Personal wird offenbar nur als Kostenfaktor gesehen, nicht als unverzichtbarer Teil funktionierender Ausbildung.

Die DSTG-Jugend sagt klar:

Ein Ausbildungsstandort ohne verlässliche Infrastruktur und ohne respektvollen Umgang mit den Beschäftigten ist kein Zukunftsmodell, sondern ein politisch verursachter Rückschritt.

Haushaltsgesetzgeber in der Verantwortung: Einsparungen gefährden eines der besten Studienzentren Deutschlands

Mit dem Studienzentrum verfügt Hessen über einen der besten und leistungsfähigsten Ausbildungsstandorte der Steuerverwaltung in Deutschland. Die internatsgestützte Ausbildung, die hohe fachliche Qualität, die enge Verzahnung von Theorie und Praxis sowie die langjährige Erfahrung der Dozentinnen und Dozenten haben diesen Standort zu einem bundesweit anerkannten Erfolgsmodell gemacht.

Statt dieses Niveau konsequent zu sichern und weiterzuentwickeln, entsteht derzeit der Eindruck, dass ein funktionierendes System aus haushaltspolitischen Gründen schrittweise zurückgebaut-zerschlagen werden soll und der Campus Frankfurt hoffähiger gemacht werden soll.

Bewährte Gebäude und Strukturen werden aufgegeben, Ausbildungskapazitäten reduziert und tragende Elemente der Ausbildung infrage gestellt – ohne dass ein gleichwertiges Gesamtkonzept erkennbar ist.

Die DSTG Hessen und die DSTG-Jugend stellen klar:

Diese Entwicklung ist keine Frage einzelner Verwaltungsentscheidungen, sondern die Folge politischer Prioritätensetzungen durch den Haushaltsgesetzgeber.

Wer an der Ausbildung spart, spart nicht an Luxus, sondern an der Grundlage einer leistungsfähigen Steuerverwaltung. Ohne Ausbildung auf Top-Niveau kann eine moderne, gerechte und durchsetzungsfähige Steuerverwaltung nicht bestehen. Die Konsequenzen tragen am Ende nicht nur die Beschäftigten, sondern die gesamte Gesellschaft – sinkende Qualität, geringere Umsetzungskraft, letztlich Einbußen bei Steuergerechtigkeit und Steuereinnahmen.

DSTG-Jugend und DSTG Hessen fordern den Haushaltsgesetzgeber daher unmissverständlich auf, seiner Verantwortung gerecht zu werden: Das Studienzentrum ist kein Kostenfaktor, sondern eine zentrale Investition in den Rechtsstaat und die finanzielle Handlungsfähigkeit Hessens.

Die DSTG-Hessen hat als Steuer-Fachgewerkschaft im Bereich des Hessischen Finanzministeriums etwa 6.500 Mitglieder. Damit sind weit über 50 Prozent der Beschäftigten der Hessischen Finanzverwaltung in der DSTG Hessen organisiert. Sie vertritt als Gesprächspartner der Politik die Interessen von Beamtinnen und Beamten als auch die des Tarifpersonals und setzt sich für deren berufliche Fortentwicklung ein. In über 50 Dienststellen stellt sie die Mehrheit in den Personalräten. Daneben findet die DSTG Hessen Gehör, wenn es um die Fragen von Steuervereinfachung und Steuergerechtigkeit als auch um das Schließen von Steuer- Schlupflöchern geht.

Herausgeber: DSTG Hessen und DSTG Jugend Hessen • Hailerer Straße 16 • 63571 Gelnhausen
• Telefon 06051/5389500 • Telefax 06051/5389509
www.dstg-hessen.de • landesverband@dstghessen.de

++++
++++

Deutschlandturnier der Finanzämter – Drachenboot 2026

FSG Sachsen richtet die Deutschen Meisterschaften im Drachenboot aus

Wann: **Freitag, 11. September 2026**

Wo: **Leipzig** – geplant ist wieder das **Elsterflutbecken zwischen Sachsen- und Rennbahnbrücke** (analog 2024)



Für die Durchführung des Turniers ist eine Teilnahme von rund 30 Booten erforderlich. Daher sind mehrere Meldungen pro Bundesland ausdrücklich willkommen.

Der Teilnehmerbeitrag beträgt 525,00 € pro Boot.

Wir bitten euch, **eure verbindlichen Anmeldungen bis spätestens 30. Januar 2026** direkt an den Veranstalter über folgende E-Mail-Adresse zu senden: m.jundel@dstg-sachsen.de

Im Februar 2026 wird dann entschieden, ob genügend Meldungen eingegangen sind und das Turnier stattfinden kann.

Busreise nach Dresden mit Besuch diverser Weihnachtsmärkte in der Zeit vom 5.-7. Dezember 2025

Am zweiten Adventswochenende hatte unser Landesverband alle Mitglieder und deren Partner/innen zu einer dreitägigen Busreise nach **Dresden mit Besuch diverser Weihnachtsmärkte** eingeladen.

Die mit der Reiseleitung beauftragte ehemalige Kollegin **Anne Eilberg-Schilling**, Mitglied im Reisetem und der Gruppe Aktive/Passive, begrüßte am Morgen des 5. Dezember 2025 die Teilnehmer/innen am Hauptbahnhof in Frankfurt am Main.

Pünktlich um 7:00 Uhr konnten wir die Reise in Frankfurt starten und dann vereinbarungsgemäß um 8:00 Uhr am Rastplatz Reinhardshain bzw. 9:00 Uhr in Bad Hersfeld einige Mitreisende zusteigen lassen. Um 9:30 Uhr am Rastplatz Herleshausen angekommen konnten wir das reichhaltige Frühstücksbuffet genießen.

Gut gestärkt setzten wir die Reise fort und kamen gegen 14:00 Uhr in unserem Hotel in Dresden an. Gleich konnten die Zimmer bezogen werden und bevor wir gegen 17.00 Uhr mit unserem Bus zum Striezelmarkt aufgebrochen sind, gab es für alle einen leckeren Glühwein in der Hotellobby. Nach der individuellen Erkundung der Stadt mit den zahlreichen Weihnachtsmärkten gab es ab 20:00 Uhr im Pulverturm das für uns reservierte sehr leckere Drei-Gänge-Menü. Der Abend wurde in kleinen Gruppen mit dem Rückweg ins Hotel abgeschlossen.



Nach dem reichhaltigen Frühstücksbuffet fuhren wir am Samstag um 9.00 Uhr in Begleitung unserer sehr kompetenten Stadtführerin zunächst ca. 2 Stunden mit unserem Bus zu allen Sehenswürdigkeiten der Stadt Dresden und Umgebung. Um ca. 11:00 Uhr starteten wir in zwei Gruppen zu dem geplanten Stadtrundgang. Unser Weg führte vom Zwinger über den Theaterplatz vorbei an der Semper Oper zum Schlossplatz. Die Brühlsche Terrasse bot uns einen schönen Blick auf die Elbe mit ihren Brücken und auf die Neustadt. Von dort ging es weiter durch die innere Altstadt, die uns einen Eindruck von verschiedensten Weihnachtsmärkten bot. Unser Stadtrundgang endete an der Frauenkirche und wurde durch den Umzug anlässlich des berühmten Dresdner Stollenfestes gekrönt.



Der Nachmittag war zur freien Verfügung, so dass alle ihren persönlichen Wünschen und Ideen folgen konnten. Beeindruckt von all diesen Impressionen trafen wir uns um 19:00 Uhr im alten Schießhaus zum reservierten Abendessen. Alle Mitreisenden waren sehr erfreut, dass sie jetzt die interessanten Erlebnisse, die sie in Dresden erfahren hatten, beim gemeinsamen Abendessen austauschen und den Abend in gemütlicher Runde ausklingen lassen konnten.

Am Sonntagmorgen nach dem Frühstück mussten wir Abschied nehmen. Unser Bus startete gegen 10:00 Uhr zur Weiterfahrt nach Erfurt. Die thüringische Landeshauptstadt mit ihrer gut erhaltenen Altstadt ist zu jeder Jahreszeit einen Besuch wert. Auf diesem Weg statteten wir dem nahe Dresden gelegenen Schloss Moritzburg einen kurzen Besuch ab. Hier konnte, neben dem imposanten Schloss, u. a. der Originalschauplatz der Verfilmung „Drei Haselnüsse für Aschenbrödel“ in Augenschein genommen werden.



Gegen 14:30 Uhr erreichten wir Erfurt. In der Adventszeit verwandelt sich der Domplatz zu einem vorweihnachtlichen Festplatz. Dort duftete es nach Bratwürsten und gebrannten Mandeln, Glühwein und Lebkuchen. Die Vielfalt der Angebote bot für jeden Geschmack beeindruckende und kurzweilige Erlebnisse.

Gegen 16:00 Uhr setzten wir die Heimfahrt Richtung Hessen fort. Nach kurzen Zwischenstopps in Bad Hersfeld und Reinhardshain erreichten wir um ca. 19:30 Uhr den Hauptbahnhof in Frankfurt. So konnten alle Mitreisenden von dort bequem nach Hause weiterreisen.

Alle Mitreisenden waren übereinstimmend der Auffassung: „Eine wunderschöne Reise mit interessanten Eindrücken und Begegnungen. Sie hoffen, dass 2026 neue Reisen angeboten werden“. Die am vierten Adventswochenende 2026 geplante Reise ins Erzgebirge fand großes Interesse. Sie dankten den Organisatoren der Reise und dem Landesverband für ihr Engagement und dieses besondere Reiseerlebnis.

Aus den Ortsverbänden

Ehrung für 40 Jahre Mitgliedschaft – Silvia Egly vom Ortsverband Michelstadt

Am 17.12.2025 hat der OV Michelstadt eine kleine Weihnachtsfeier mit Winterpunsch, Gebäck, Brezeln und netten Gesprächen veranstaltet. Insgesamt haben sich 19 DSTG Mitglieder versammelt und dafür wenige Ihrer Gutstunden für die Gemeinschaft des OV Michelstadt investiert. Es war eine gesellige Runde mit netten Gesprächen. Wie sollte es auch anders sein ging es mal wieder um die amtsangemessene Besoldung sowie die kommende „KommUnity“ Maßnahme.

Silvia Egly wurde für 40 Jahre DSTG Mitgliedschaft, vor den anwesenden Kolleginnen und Kollegen (DSTG Mitgliedern), geehrt.



Der DSTG Landesvorstand gratuliert Silvia Egly herzlich.

Kurz und Knapp

Das ändert sich 2026 – interessante Informationen

Arbeit & Soziales

Höherer Mindestlohn

Der Mindestlohn steigt zum 1. Januar von 12,82 Euro auf 13,90 Euro je Arbeitsstunde. Zugleich erhöht sich die Obergrenze für Minijobs von 556 Euro auf 603 Euro im Monat. Die Mindestvergütung für Auszubildende im ersten Lehrjahr erhöht sich von 682 Euro auf 724 Euro monatlich. Im zweiten Jahr werden es dann 854 Euro (bislang 802 Euro), im dritten 977 Euro (bislang 921 Euro) und bei einem vierten Ausbildungsjahr 1.014 Euro (bislang 955,00 Euro).



Die Aktivrente kommt

Die sogenannte Aktivrente ist eigentlich ein Steuersparprogramm für Senioren, die jenseits des regulären Rentenalters weiterarbeiten. Sie haben vom 1. Januar an einen Anspruch auf einen Steuerbonus von maximal 2.000 Euro, sofern sie eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausüben. Selbständige, freiberuflich Arbeitende und Beamte profitieren nicht. Ein weiterer Baustein des Rentenprogramms der Bundesregierung, die erweiterte Mütterrente, wird hingegen erst am 1. Januar 2027 in Kraft treten.



Steuern & Freibeträge

Höherer Grundfreibetrag

Das Einkommen, bis zu dem keine Steuer gezahlt werden muss, steigt von 12.096 Euro auf 12.348 Euro. Der Kinderfreibetrag einschließlich Freibetrag für Betreuungs-, Erziehungs- und Ausbildungsbedarf für beide Eltern wird auf 9.756 Euro angehoben. Er steigt damit um 156 Euro. Das Kindergeld wird für jedes Kind um vier Euro auf 259 Euro im Monat erhöht.



Ehrenamt wird gestärkt

Der Freibetrag für Übungsleiter steigt von 3.000 Euro auf 3.300 Euro, der für Ehrenamtliche von 840 auf 960 Euro.



Pendlerpauschale steigt

Zum neuen Jahr gibt es die Pendlerpauschale von 38 Cent schon ab dem ersten gefahrenen Kilometer. Bislang beträgt die Pauschale 30 Cent je Kilometer für die ersten 20 Kilometer der Wegstrecke. Erst vom 21. Kilometer an sind es 38 Cent. Diese Abstufung fällt weg.



Subventionen für Agrardiesel

Land- und Forstwirte bekommen vom 1. Januar an wieder die volle Rückvergütung für Agrardiesel von 21,48 Cent je Liter. Die Vorgängerregierung von SPD, Grünen und FDP hatte die Subventionen für Agrardiesel abgeschafft.



Entlastung der Gastronomie

Für Speisen in der Gastronomie sinkt die Mehrwertsteuer von derzeit 19 auf sieben Prozent. Es profitieren neben Restaurants auch Bäckereien, Metzgereien, der Lebensmitteleinzelhandel, Catering-Anbieter sowie die Kita-, Schul- und Krankenhausverpflegung. Die sieben Prozent gelten auch für Speisen zum Mitnehmen und gelieferte Gerichte. Getränke werden weiterhin mit 19 Prozent besteuert. Einen Sonderfall bilden Milch und Milchmischgetränke mit einem Milchanteil von mindestens 75 Prozent (etwa Cappuccino, Latte macchiato), die außer Haus verkauft werden. Diese Getränke dürfen mit sieben Prozent versteuert werden. Pflanzliche Drinks wie Hafer- und Mandelmilch sind davon ausgeschlossen.



Gewerkschafter profitieren

Gewerkschaftsbeiträge können künftig zusätzlich zur Werbungskostenpauschale abgesetzt werden. Das bringt im Regelfall eine Steuerersparnis zwischen 25 und 35 Prozent des jährlichen Mitgliedsbeitrags, schreibt die IG Metall.



Keine Kfz-Steuer für Elektroautos

Für Elektroautos, die bis Ende 2030 neu zugelassen oder umgerüstet werden, muss bis Ende 2035 keine Kfz-Steuer bezahlt werden. Bisher galt die Befreiung bis Ende 2025. Die Befreiung gilt nicht für Plug-in-Hybride.



Energie & Heizen

Steigende Preise für die Fossilen

Der nationale CO₂-Preis verteuert fossile Brennstoffe auch im neuen Jahr. Die Zertifikate für Verschmutzungsrechte werden mit einem Preisrahmen von 55 bis 65 Euro je Tonne versteigert. Der Preis für Heizöl könnte deswegen um bis zu 3,2 Cent je Liter steigen, für Erdgas um bis zu 0,24 Cent je Kilowattstunde. Benzin könnte bis zu 2,8 Cent je Liter mehr kosten, Diesel bis zu 3,2 Cent, schreibt die Verbraucherzentrale Bayern.



Kommunale Wärmeplanung startet

Nach aktueller Gesetzeslage greift in Großstädten vom 1. Juli an die kontroverse Regelung des Gebäudeenergiegesetzes (sogenanntes Heizungsgesetz), nach der neue Heizungen zu mindestens 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden müssen. Bis dahin müssen in den betroffenen Städten entsprechende Wärmepläne vorliegen. Viele Eigentümer müssen dann beim Austausch einer kaputten oder veralteten Heizung prüfen, welche erneuerbare Technologie (Wärmepumpen, Biomasse, Solarthermie oder Hybridlösung) vor Ort künftig zulässig ist. Allerdings hat sich die schwarz-rote Bundesregierung die Abschaffung des Heizungsgesetzes vorgenommen. Bis Ende Januar sollen die Eckpunkte vorliegen.



Bildung und Betreuung

Recht auf Ganztagsbetreuung

Am 1. August tritt der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern in Kraft. Das ganztägige Betreuungs- und Bildungsangebot gilt dann zunächst für die Schüler der ersten Klasse. In den Folgejahren wird der Anspruch jeweils um eine Klassenstufe erweitert. Vom Schuljahr 2029/2030 an sollen dann alle Grundschüler der Klassen eins bis vier einen Anspruch auf Ganztagsbetreuung haben.



Verbraucherschutz

Schufa wird transparenter

Verbraucher können von Ende März an ihren Schufa-Score digital und kostenlos bei der Auskunft einsehen. Für insgesamt zwölf Kriterien vergibt die Schufa Punkte, von 100 bis 999. Je höher die Gesamtpunktzahl, umso besser wird die Kreditwürdigkeit eingeschätzt.



Verkehr

Deutschlandticket wird teurer

Der Abopreis für die Nutzung des öffentlichen Nah- und Regionalverkehrs mit dem Deutschlandticket steigt von 58 Euro auf 63 Euro im Monat.



Preisanstieg bei Kfz-Versicherung

Im neuen Jahr werden Auto- und Motorradversicherungen abermals teurer, im Schnitt um etwa sieben Prozent, schreibt die Verbraucherzentrale Bayern. Grund dafür seien vor allem höhere Reparaturkosten. Wer sich dann einen günstigeren Anbieter suchen will, kann ein vierwöchiges Sonderkündigungsrecht nutzen.



Führerschein umtauschen

Bis zum 19. Januar müssen zunächst Scheckkarten-Führerscheine umgetauscht werden, die zwischen 1999 und 2001 ausgestellt wurden. Grund für Umtauschaktion sind EU-Vorgaben, die Dokumente vereinheitlichen und fälschungssicher machen sollen. Wer vor 1953 geboren wurde, muss seinen Führerschein – egal ob Papier- oder Scheckkartenführerschein und unabhängig vom Ausstellungsjahr – erst bis zum 19. Januar 2033 umtauschen.



DSTG-Abendschule 2026 wird zu DSTG Mitglieder-Campus *Schulungen per Videokonferenz – 18.30-20:00 Uhr immer montags!*

Wir freuen uns, Ihnen mitzuteilen, dass die bekannte DSTG-Abendschule ab 2026 in einem neuen Format unter dem Namen DSTG Mitglieder-Campus fortgeführt wird.

Alle Mitglieder der DSTG Hessen sind eingeladen, an den Schulungen per Videokonferenz teilzunehmen. Die Veranstaltungen finden von 18:30 Uhr bis 20:00 Uhr statt.

Die genauen Termine und Themen werden in Kürze bekannt gegeben.

Seien Sie gespannt auf praxisnahe Schulungen, aktuelle Informationen und den direkten Austausch mit Expertinnen und Experten.

AG Reisen – Flugreise nach Budapest vom 25.-28.09.2026



Für unsere bereits angekündigte Reise nach **Budapest** sind noch einige Restplätze frei. Daher möchten wir euch herzlich einladen, die Gelegenheit zur Anmeldung jetzt noch zu nutzen.

Reisezeit:

25.-28.09.2026



Kosten:

Der Teilnehmerbeitrag beträgt bei Unterbringung im Doppelzimmer 675,00 € pro Teilnehmer.

Der Einzelzimmerzuschlag liegt bei 150,00 €.

Budapest bietet nicht nur eine beeindruckende Geschichte und Architektur, sondern auch Raum für Austausch, gemeinsames Erleben und gewerkschaftliche Begegnungen.

Wenn ihr Interesse habt, meldet euch bitte bei unserer Geschäftsstelle unter landesverband@dstghessen.de an.

Anmeldefrist verlängert – Jetzt noch dabei sein!



Gute Nachrichten für alle Reiselustigen:

Für unsere Busreisen im Jahr 2026 wurde die Anmeldefrist verlängert bis 15.02.2026. Wer also noch überlegt hat, kann sich jetzt ganz entspannt anmelden und mitfahren!

Freut euch auf drei abwechslungsreiche Reisen:

Frühling im Allgäu

23.-26. April 2026

Erlebt die erwachende Natur, idyllische Landschaften und entspannte Tage in einer der schönsten Regionen Deutschlands.



Busreise nach Mailand

29. Mai-1. Juni 2026

Italienisches Lebensgefühl, beeindruckende Architektur, Kultur und Shopping erwarten euch in der Modemetropole Mailand.



Busreise nach Südtirol

25.-30. August 2026

Genuss, Natur und alpine Schönheit – Südtirol begeistert mit herrlichen Ausblicken und gemütlicher Atmosphäre.



Meldet euch bei unserer Geschäftsstelle unter landesverband@dstghessen.de an und seid dabei!

Wir freuen uns auf viele schöne gemeinsame Reiseerlebnisse und eine tolle Zeit miteinander.

Mitglied werden, und zwar jetzt



Mitglieder werben Kolleginnen und Kollegen!

Sie gehören zu den überzeugten Mitgliedern der Deutschen Steuer-Gewerkschaft!

Dann überzeugen Sie doch auch Ihre Kolleginnen und Kollegen von einer Mitgliedschaft in der DSTG Hessen, der großen Solidargemeinschaft und Fachgewerkschaft

**Werben Sie Mitglieder
für uns, die FINANZER!**

Empfehlen Sie uns – wir bedanken uns dafür bei Ihnen und überweisen Ihnen

15 Euro

auf Ihr Konto.

So einfach geht's: Füllen Sie gemeinsam mit Ihrem „Bestandsbeschäftigten“ die Beitrittserklärung aus und geben Sie diese bei Ihrem Ortsverband ab. Die Beitrittserklärung finden sie übrigens auf unserer Homepage <http://dstg-hessen.de>. Ihr Ortsverband leitet die Beitrittserklärung dann für Sie weiter und Sie erhalten dann die 15 Euro auf Ihr Konto überwiesen.

Diese Aktion gilt ab dem 01.12.2016, davon ausgenommen sind die jeweils aktuellen Anwärterinnen und Anwärter.